

Rot-blaue Schuldzuweisungen, bis der Arzt kommt

Die SPÖ thematisiert in einer Sondersitzung den Ärztemangel. Für Türkis-Blau die Chance, der ehemaligen Ministerin Rendi-Wagner Versäumnisse vorzuhalten. Neos und Jetzt gehen auf Distanz – zu beiden.

Marie-Theres Egyed

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner hat sich der Rettung der Ärzte verschrieben. Die frühere Gesundheitsministerin, heute als Oppositionschefin im Parlament, will ihre Nachfolgerin Beate Hartinger-Klein von der FPÖ dazu bringen, einem drohenden Ärztemangel entgegenzuwirken. Bei einer von der SPÖ einberufenen Sondersitzung verleiht Rendi-Wagner mit einem dringlichen Antrag an die blaue Gesundheitsministerin ihrem Anliegen Nachdruck. Doch auf die Unterstützung der anderen Oppositionsparteien kann die SPÖ-Chefin dabei nicht zählen.

Und auch die türkis-blaue Regierung spielt den Ball wieder zurück. In den vergangenen zehn Jahren habe es rote Gesundheitsminister gegeben, die SPÖ schiebe die Verantwortung von sich, sagt ÖVP-Klubchef August Wöginger. Für sein freiheitliches Gegenüber Walter Rosenkranz hat die „Untätigkeit“ der SPÖ erst zu jenem Hausärztemangel geführt, den Rendi-Wagner nun beklagt. Sie wollen beim Rechnungshof eine Gebarungsprüfung des Gesundheitsressorts über die vergangenen zehn Jahre beantragen.

Pensionierungswelle

Dieser sieht die ehemalige Gesundheitsministerin wiederum gelassen entgegen. Das sei bloß ein „Ablenkungsmanöver“. Konkret fehlt es der SPÖ-Chefin an Maßnahmen, damit der Arztberuf attraktiver und die Primärversorgung weiter ausgebaut wird. Das überrascht nicht, wurden doch in ihrer Amtszeit die ersten Primärversorgungszentren etabliert. Sie sieht dort die Zukunft, weil mehr als die Hälfte aller Hausärzte in den nächsten zehn Jahren das Pensionsalter erreichen.

Diese Primärversorgungseinrichtungen hätten Vorteile für bei-



SPÖ-Chefin Rendi-Wagner kritisiert ihre Nachfolgerin, Ressortchefin Beate Hartinger-Klein (FPÖ). Diese sagt Danke und kritisiert zurück.

den Seiten: für Ärzte, weil sie sich gemeinsam mit anderen Kollegen, auch aus anderen Gesundheitsberufen, die Versorgung und Verantwortung teilen können, für Patienten, weil sie durch die neue Organisation die verschiedenen Ansprechpartner an einem Ort auffinden. Das hat Rendi-Wagner in ihrer zehnmonatigen Amtszeit als Ministerin forciert und ein Gesetz auf den Weg gebracht, das dafür Rechtssicherheit schaffen soll. Doch der Ausbau der Primärversorgungseinrichtungen werde von ihrer Nachfolgerin vernachlässigt.

Tatsächlich gibt es laut Ärztekammer erst 13 Primärversorgungseinheiten in Österreich. Überhaupt kritisiert Rendi-Wagner Hartinger-Klein dafür, die Ziele der 2013 beschlossenen Gesundheitsreform aus den Augen verloren zu haben.

Diese wiederum bedankt sich im Hohen Haus überschwänglich bei der SPÖ für die einberufene Sondersitzung, so habe sie endlich die Gelegenheit, alle Versäumnisse ihrer roten Vorgänger aufzulisten. Das zelebriert Hartin-

ger-Klein auch, wenn sie Alois Stöger vorwirft, einzig Studien in Auftrag gegeben zu haben, „ohne etwas auf den Boden zu bringen“, oder wenn sie den ehemaligen roten Ressortchefs vorwirft: „Sie haben Menschen zu Wahlärzten getrieben.“ Die SPÖ sei verantwortlich für eine Zwei-Klassen-Medizin. Auch mit Selbstlob spart Hartinger-Klein nicht, sie habe sofort bei Amtsantritt gehandelt und den Obersten Sanitätsrat beauftragt, einen medizinischen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. „Politische Verantwortung, das kennen Sie nicht“, ruft sie in Richtung SPÖ, nachdem sie deren Vertreter mehrfach die explodierenden Kosten für das Wiener Krankenhaus Nord vorgehalten hatte.

Politik im Sandkasten

Rendi-Wagner bewertet das ganz anders. Auch sie überhäuft die Regierung mit Vorwürfen, denn sie würde die Patienten erst zu den Wahlärzten drängen, indem sie das Problem des drohenden Ärztemangels verkenne. Die Koalition lasse die Probleme den

freien Markt lösen, denn wer sich einen Wahlarztbesuch nicht leisten könne, müsse eben warten. Das sei nicht sozial, denn: „Gesundheit ist kein freier Markt.“

Die SPÖ habe mit dem Hausärztegesetz eine Grundlage geschaffen, dem entgegenzuwirken. Seit die Regierung im Amt ist, sei aber nichts weiter geschehen. Bei den vergangenen drei Sitzungen der Bundeszielsteuerungskommission, eines Gremiums mit Vertretern von Bund, Ländern und Sozialversicherungen, habe die Ministerin kein einziges Mal das Thema Ärztemangel angesprochen. Dafür aber habe Hartinger-Klein 48 neue Leitungsstellen bei den fusionierten Sozialversicherungsträgern geschaffen, „blaue Versorgungsposten“, wie Rendi-Wagner ihr vorhält.

An einen Sandkasten fühlt sich angesichts der Schuldzuweisungen Neos-Gesundheitssprecher Gerald Loacker erinnert. Er drückt seine Verwunderung über die von ÖVP und FPÖ angekündigte Gebarungsprüfung des Gesundheitsressorts aus, immerhin sei ja in der

für die Prüfung vorgeschlagenen Zeit die ÖVP mit der SPÖ in einer Regierung gewesen. Etwas zynisch fügt er hinzu: „Aber was man an der Seite des Koalitionspartners ÖVP alles ausrichten kann, müsste die FPÖ am besten wissen.“ Jedenfalls sei für die medizinische Versorgung im niedergelassenen Bereich nicht das Ministerium zuständig, das sei Aufgabe der Kassen. Diese hätten Interesse daran, Patienten in Ambulanzen zu schicken, um weniger Kosten tragen zu müssen. Seine Kritik richtet sich sowohl an die Vorgängerregierungen als auch an die aktuelle: „Die Steuerung fehlt.“ Loacker fordert die Finanzierung aus einer Hand.

Auch von der Liste Jetzt gab es keine Unterstützung für die SPÖ. Daniela Holzinger-Vogtenhuber warf ihrer ehemaligen Partei vor, das Thema ebenso „übertrieben hoch zehn“ hochzuspielen, wie es früher die FPÖ getan habe. „Können wir uns darauf einigen, dass wir uns hinsetzen und gemeinsame Lösungen überlegen?“, fragte sie und blickte verzweifelt.

KURZ GEMELDET

Ärger über Regelung für Krisenpflegeeltern

Wien – Krisenpflegeeltern sollen künftig erst dann Kinderbetreuungsgeld bekommen, wenn sie das Kind mindestens drei Monate durchgehend betreuen. Das geht aus einem entsprechenden Antrag der Regierungsparteien hervor. SPÖ und Liste Jetzt sind empört. Kritik kommt auch von der Arbeiterkammer, die darauf hinweist, dass Krisenpflegeverhältnisse in aller Regel nur sechs bis acht Wochen dauern, weil die Kinder entweder zu den leiblichen Eltern oder zu einer Dauerpflegefamilie kommen. (APA)

Dollfuß-Vergleich verärgert ÖVP

Wien – Ein Vergleich zwischen Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Engelbert Dollfuß erzieht die ÖVP. Der SPÖ-Abgeordnete Robert Laimer hatte auf Facebook den Kopf von Kurz auf eine Briefmarke mit dem austrofaschistischen Kanzler montiert. Nach einem „klärenden Gespräch“ mit der Bundesgeschäftsstelle hat er das Posting gelöscht. (APA)

Opposition versucht zum sechsten Mal Kickl abzusetzen

SPÖ, Neos und Jetzt bringen am Mittwoch erneut einen Misstrauensantrag gegen den Innenminister ein

Katharina Mittelstaedt

Es ist die schärfste Waffe der Opposition, erfolgreich zum Einsatz kam er allerdings noch nie: der Misstrauensantrag. Wobei, was heißt schon erfolgreich? Abgesetzt wurde durch ein Misstrauensvotum bisher noch kein einziger Minister – obwohl es in der Geschichte der Zweiten Republik schon hunderte Male versucht wurde. Aufmerksamkeit bekommt die Opposition aber sehr wohl, wenn sie einem Regierungsmitglied das Vertrauen entzieht – und aus ihrer Sicht ist das womöglich der größere Erfolg, als einen Ressortchef zu entmachten.

Rückhalt von FPÖ und ÖVP

Über den Verbleib von Innenminister Herbert Kickl wird am Mittwoch nun bereits zum sechsten Mal befunden, seit er im Amt ist. Doch auch diesmal hat der Freiheitliche nichts zu befürchten. Er hat schließlich die Mehrheit hinter sich: ÖVP und FPÖ.

„Misstrauensanträge haben eine große mediale, aber keine faktische Wirkung“, sagt Parlamentarismuskritiker Werner Zögernitz. Bis auf eine kurze Phase der Minderheitsregierung unter dem roten Kanzler Bruno Kreisky – der damals von den Freiheitlichen gestützt wurde – gab es in Österreich immer Mehrheitsregierungen. Ein Misstrauensantrag wird mit 50 Prozent plus einer Stimme angenommen – es müsste also die eigene Partei oder der Koalitionspartner an der Entlassung des Regierungsmitglieds mitwirken.

„Das wird niemals passieren“, ist Zögernitz überzeugt. „Misstrauensanträge sind der Garant dafür, dass es hierzulande keine Minderheitsregierung geben wird. Sie würde sofort gestürzt.“

In der aktuellen Legislaturperiode ist Kickl der einzige Minister, gegen den SPÖ, Neos und Jetzt (alias Liste Pilz) Misstrauensvoten ins Leben gerufen haben. Anlass dafür baten bisher die BVT-Affäre sowie die Causa rund um ein

Schreiben des Innenministeriums, in dem die Landespolizeidirektionen aufgefordert wurden, Informationen an kritische Medien auf das „nötigste Maß zu beschränken“. Aktuell hält die Opposition den Innenminister für untragbar, weil er kürzlich die Menschenrechtskonvention in-

frage gestellt hat – auch wenn er das nachträglich abstreitet.

Der Grund für seine Zweifel am internationalen Menschenrechtskatalog war, dass Kickl straffällige Asylwerber möglichst schnell und unbürokratisch abschieben möchte. In einem Schreiben an den zuständigen Kommissar wirbt er nun um Unterstützung für rechtliche Verschärfungen auf EU-Ebene. Die Neos beendeten das nicht: Kickl agiere parteipolitisch und stelle Politik über Recht.

Heute Kickl, früher Grasser

Für Zögernitz ist es nicht verwunderlich, dass sich die Opposition vor allem auf Kickl konzentriert: „Historisch hat man sich immer einen ergebigen Minister ausgesucht, denn erst die Wiederholung macht den Misstrauensantrag besonders effektiv.“ Vor einiger Zeit hatte die Opposition schon einmal einen Minister ganz speziell im Visier: Karl-Heinz Grasser. Gegen ihn läuft bis heute ein Prozess.



Spoiler: Herbert Kickl ist auch am Donnerstag noch Innenminister.

Foto: APA / Roland Schlager